

Vorwort

Der vorliegende Sammelband dokumentiert die Vorträge der Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 2009. Dabei folgt die Zusammenstellung der Texte wie auch bislang nicht chronologischen, sondern inhaltlichen Gesichtspunkten. Im Unterschied zu den zurückliegenden Dokumentationen wurde auf einen inhaltlich übergreifenden Titel des Bandes verzichtet, da sich in der Tagung das Konzept der Veranstalter widergespiegelt hat, dass neben dem Schwerpunktthema – Arbeitsmarkt und Zuwanderung – auch aktuelle Fragestellungen zu behandeln sind.

Die zurückliegenden Hohenheimer Tage wie auch diese Dokumentation wollen der fortschreitenden Europäisierung des Migrationsrechts Rechnung tragen. So wird in einem ersten Kapitel die Entwicklung auf europäischer Ebene sowohl grundsätzlich als auch im Hinblick auf Arbeitsmigration, Entwicklungspolitik und Illegalität sowie unter flüchtlings-, aufenthalts- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Perspektive beleuchtet. Es schließen sich in einem zweiten Kapitel Beiträge zu Entwicklungen auf nationaler Ebene an, die wiederum zeigen, wie stark Europa auf das nationale Regelungsgefüge zurückwirkt – seien es Themen wie Zugang zum Arbeitsmarkt, Integration, Soziale Leistungen, Familiennachzug, Gleichbehandlung oder Bleiberecht.

Ein drittes Kapitel widmet sich dem Zugang zum Arbeitsmarkt. Hierbei werden neben empirischen Untersuchungen einerseits und ganz praktischen Beispielen schon jetzt möglicher Anerkennungsprozeduren insbesondere im handwerklichen Bereich andererseits auch die in weiten Teilen noch gänzlich unregulierten Zustände aufgezeigt. Dies führt dazu, dass bis heute in der Zuwanderer-Gesellschaft vorhandene Ressourcen nicht angemessen genutzt werden können, was vor dem Hintergrund der wiederholt von politischer Seite geäußerten Besorgnisse einer Zuwanderung vorrangig in die Sozialsysteme besonders misslich erscheinen muss. Umso dringlicher erscheinen Regelungen, die der Gesetzgeber in Aussicht gestellt hat und die voraussichtlich im Jahr 2010 realisiert werden sollen.

Das Staatsangehörigkeitsrecht, insbesondere das in Europa einmalige Optionsmodell – was inzwischen auch Gegenstand einer Reihe von institutionsübergreifenden Initiativen und Aufrufen ist, steht aus aktuellem Anlass im vierten Kapitel. Dieses Thema wird in nächster Zukunft an Brisanz gewinnen, da im Jahr 2008 für viele der ersten optionspflichtigen Jugendlichen der fünfjährige Zeitrahmen für eine Entweder-oder-Entscheidung begonnen hat. Es wird deutlich, dass die mit dem Optionsmodell aufgeworfenen Fragen keineswegs nur verfassungsrechtlicher, sondern vielmehr auch integrationspolitischer Natur sind. Nicht nur die europäisch in eine andere Richtung laufende Entwicklung (immerhin ist zwischen allen EU-Mitgliedstaaten mittlerweile die doppelte Staatsangehörigkeit akzeptiert), sondern auch der nationale Befund (bei 57 % aller Einbürgerungen wurde im vergangenen Jahr in Deutschland Doppelstaatigkeit hingenommen) zeigen, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Den Autorinnen und Autoren der vorliegenden Dokumentation sei an dieser Stelle gedankt, insbesondere auch für die Bereitschaft, die Beiträge zu ergänzen und zu aktualisieren, sowie den im Hintergrund für Textverarbeitung, Satz und Lektorierung Tätigen: Corinna Schneider und Sabine Ilfrich und last but not least dem Nomos-Verlag für die wie immer reibungslose Zusammenarbeit. Ohne letztere wäre ein rechtzeitiges Erscheinen nicht möglich gewesen.

Stuttgart, im November 2009

Klaus Barwig
Stephan Beichel-Benedetti
Gisbert Brinkmann